# Der sächsische Erzähler,

## Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

### Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprecher Nr. 22. — Fünfundsechzigster Jahrgang. — Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: Belletristische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt; jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.

Bestellungen werden angenommen für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6567. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Korpuszeile 12 ₰, die Reklamezeile 30 ₰. Geringster Inseratenbetrag 40 ₰. Für Rückerstattung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.


Nach der Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern vom 29. Oktober 1909 ist am 1. Dezember dieses Jahres eine beschränkte

## Viehzählung

vorzunehmen. Die Viehbesitzer werden aufgefordert, die mit der Zählung beauftragten Beamten in ihrem Zählgeschäfte zu unterstützen.

Stadtrat Bischofswerda, am 26. November 1910.

Die heutige Nummer umfaßt 18 Seiten, einschließlich des Illustrierten Sonntagsblatt.

## Das Neueste vom Tage.

Im Dresdner Schlachthofe wurde gestern die Fleischnotierung [illegible]. Heute setzt die sozialdemokratische Interpellation wegen der Kaiserrede auf der Tagesordnung. (Siehe Artikel.)

Im zweiten sächsischen Regiment meuterten 38 Mann, weil der [illegible] Dienst den Gefängnisstrafen [illegible].

Die [illegible] Kammer hat gestern eine [illegible] bis Mexiko beschlossen. Die Ordnung [illegible] wiederhergestellt. (Siehe Sonnabend.)

## Fortsetzung der Fleischdebatte im Reichstag.

Daß die Fleischinterpellationen wolle drei Tage in Anspruch nehmen würden, hätte niemand erwartet. Auch der ganze gestrige Tag [illegible] der Debatte über diesen Punkt in An[illegible]

[illegible] griff der Stuttgarter Sozialdemokrat [illegible] mit [illegible] Heftigkeit [illegible] und sämtliche Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der freisinnigen [illegible]. Demgegenüber betonte Staatssekretär [illegible], daß die [illegible] unseren einheimischen Bedarf nur dann befriedigen könnten, wenn [illegible] Zölle [illegible] Zollermäßigungen [illegible] Schweinefleisch [illegible] Er [illegible] seine Ausführungen über die Verhältnisse [illegible] Schweinefleisch [illegible] Als dann der bekannte Führer des Bauernbundes Wachhorst de Wente die Tribüne betrat, war man auf eine lange Rede und scharfe Zusammenstöße mit dem Bunde der Landwirte gefaßt. Und nicht mit Unrecht, denn nachdem Herr Wachhorst de Wente dem Staatssekretär die volle Zustimmung seiner Freunde zu dessen Politik ausgesprochen hatte, kam er auf die innere Kolonisation zu sprechen und warf dem Bunde vor, daß er ihr mit allen Mitteln entgegenarbeite. Das reizte den Junkerkonservativen, Konservativen Herrn Kreth, der dem „Unwahrheit!" entgegenrief, was Herr Wachhorst de Wente als „Gemeinheit" bezeichnete. Der [illegible] Vizepräsident Schultz, der das Präsidium führte, rief den Redner dafür zur Ordnung, während er das Wort Unwahrheit als eine „objektive Feststellung" bezeichnete, was Herr Kreth dur[illegible]

unter großer Heiterkeit sich ad notam zu nehmen versprach.

Nachdem noch verschiedene Redner das Wort ergriffen hatten, wurde die Besprechung der Interpellation geschlossen. — Die nächste Sitzung ist Sonnabend vorm. 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation wegen der Königsberger Kaiserrede.

## Politische Uebersicht.

### Deutsches Reich.

Keine [illegible] Eisenbahngemeinschaft. Das „Dresdner Journal" schreibt offiziös: In der Öffentlichkeit ist in den letzten Tagen die Meldung aufgetaucht, daß sich Sachsen der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft anzuschließen gedenke und daß hierüber Verhandlungen in Berlin gepflogen worden seien. Diese Nachricht beruht, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, vollständig auf freier Erfindung und entbehrt jedes Untergrundes. Die sächsische Regierung hat nicht im entferntesten die Absicht, die Selbständigkeit der sächsischen Staatseisenbahnverwaltung aufzugeben. Auch von Berlin aus ist jene Meldung zuständigerseits als unbegründet bezeichnet worden. Gleichwohl kommt ein Leipziger Blatt auf die Angelegenheit unter Wiedergabe einer angeblich aus dem Wolff'schen Bureau stammenden Korrespondenz zurück, worin ausgeführt wird, daß die Eisenbahngemeinschaft zwischen Sachsen und Preußen doch in absehbarer Zeit kommen werde. An sich brauche hierzu kein Wort mehr verloren zu werden. Wenn jedoch der Verfasser der Korrespondenz weiter die Behauptung aufstellt, daß Preußen unter Umständen durch Umlenkung des Verkehrs, durch Erschwerung der Anschlüsse usw. einen gewissen Zwang auf die sächsische Verwaltung ausüben würde, so muß eine solche Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Verschiebung der Reichstagswahlen? Ein Münchener Blatt hatte angedeutet, daß die Regierung stillschweigend die Neuwahlen zum Reichstag bis zum Anfang des Jahres 1912 hinausschieben werde. Wie aus unterrichteten Kreisen verlautet, ist tatsächlich dies Bestreben im Gange. Der Plan geht dahin, im Oktober nächsten Jahres den Reichstag zu einer Session einzuberufen, dessen Hauptaufgabe die Erledigung des Etats für 1912/13 wäre. Man hofft, daß er dies Werk bis zum Januar 1912 hin vollführen kann; alsdann sollen die Neuwahlen ausgeschrieben werden. Bisher hatte man in Regierungskreisen andere Absichten; man gedachte den Reichstag im Sommer nächsten Jahres aufzulösen und etwa im September die Neuwahlen vorzunehmen. Der neue Plan liegt in Richtung jener Ententepolitik, als deren Anhänger im allgemeinen der Reichskanzler selbst betrachtet wird. Man hofft, daß die Zeit die Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Parteien mildern wird, man hofft auf Ereignisse, die eine neue Situation herbeiführen. Auch soll man den Januartermin für günstig halten.

**Die Stadtverordnetenwahlen in Posen.** Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen in der 1. und 2. Abteilung wurden sämtliche deutschen Kandidaten gewählt. Im ganzen wurden bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen 17 Deutsche und 3 Polen gewählt. Die deutschen Parteien hatten, wie in früheren Jahren ein Wahlabkommen geschlossen.

**Änderung der Gewerbeordnung.** Wegen der §§ 16 ff. der Reichsgewerbeordnung, betreffend industrielle Anlagen, welche einer besonderen Genehmigung bedürfen, fand am 23. d. M. eine Konferenz im Ministerium für Handel und Gewerbe zu Berlin statt. Der Zentralverband deutscher Industrieller hatte auf Grund eingehender Erhebungen und Verhandlungen eines im Frühjahr 1910 mit Vertretern der hauptsächlich interessierten industriellen Verbände abgehaltenen Versammlung eine Eingabe mit den Beschwerden und Wünschen der Industrie an den Minister für Handel und Gewerbe gerichtet. Von diesem waren dann im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Zentralverbandes Einladungen zu der jetzigen Besprechung an eine kleinere Anzahl Industrieller ergangen. Die Verhandlungen, welche mehrere Stunden in Anspruch nahmen, leitete Unterstaatssekretär Schreiber, unterstützt von Räten der zuständigen Dienstzweige. Wenn auch Meinungsverschiedenheiten bestehen blieben, so ist zu hoffen, daß die Aussprache doch nach einzelnen Richtungen befriedigende Erfolge zeitigen wird.

**Sitzung der Reichsbank.** In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank führte der Vorsitzende Präsident des Reichsbankdirektoriums Havenstein aus, daß sich aus dem derzeitigen Status der Reichsbank ein Grund zur Erhöhung des Diskantsatzes nicht ergebe. Der Zentralausschuß war mit diesen Ausführungen einverstanden und genehmigte die demnächstige Auszahlung der zweiten Abschlagsdividende von 1¾ Proz. auf die Erträge dieses Jahres für die Reichsbankanteileigner.

**Eine große Protestversammlung gegen sozialdemokratische Exzesse** haben in Offenbach die bürgerlichen Parteien abgehalten. In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Verhalten der Offenbacher Polizeibehörde die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht gewährleistet. Die hessische Regierung wird ersucht, Maßnahmen zur Verhütung der Wiederholung ähnlicher Ausschreitungen zu ergreifen.

### Oesterreich

**Die Fleischteuerungsdebatte im Abgeordnetenhaus.** Bei Fortsetzung der Verhandlungen über die Berichte des Teuerungsausschusses im österreichischen Abgeordnetenhaus besprach Handelsminister Weiskirchner eingehend die Frage der Fleischteuerung. Die Regierung habe sich entschlossen, ein bestimmtes Kontingent argentinischen Fleisches zuzulassen. Er vertrete den Standpunkt,